

Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Monika Lazar, Winfried Hermann, Katrin Göring-Eckardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/12115 –**

Alle Formen von Diskriminierungen thematisieren – Bürgerrechte von Fußballfans stärken – Für einen friedlichen und integrativen Fußballsport

A. Problem

Fußball ist in der Bundesrepublik Deutschland die beliebteste Sportart. So zählt der Deutsche Fußball-Bund e.V. (DFB) über sechs Millionen Mitglieder in mehr als 25 000 Vereinen. Über 17 Millionen Fans verfolgten allein die Spiele der 1. und 2. Bundesliga in der vergangenen Saison. Leider werden aber immer wieder Spielerinnen/Spieler und Anhängerinnen/Anhänger Opfer von diskriminierenden Äußerungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen. Dadurch rückt die integrative Wirkung des Fußballs in den Hintergrund. Der DFB hat das Problem erkannt und wichtige Initiativen angeregt. Trotzdem werden Vereine und Verbände mit Aufgaben konfrontiert, die gesamtgesellschaftlich zu lösen sind.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/12115 abzulehnen.

Berlin, den 13. Mai 2009

Der Sportausschuss

Dr. Peter Danckert
Vorsitzender

Klaus Riegert
Berichterstatter

Dagmar Freitag
Berichterstatterin

Detlef Parr
Berichterstatter

Katrin Kunert
Berichterstatterin

Winfried Hermann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Klaus Riegert, Dagmar Freitag, Detlef Parr, Katrin Kunert und Winfried Hermann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/12115** in seiner 219. Sitzung am 6. Mai 2009 beraten und an den Sportausschuss zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Antrag eine gesamtgesellschaftliche Lösung, wobei auch die Bundesregierung dazu aufgerufen ist, ihren Teil dazu beizutragen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Gremien darauf hinzuwirken, dass alle Fußballvereine und Landesverbände in Deutschland die Erklärung „Gegen Diskriminierung im Fußball“ unterzeichnen und die in ihr genannten Ziele in der Praxis umsetzen;
2. die Errichtung einer „Antidiskriminierungszentrale Sport“ nach dem Vorbild der Koordinationsstelle Fanprojekte zu unterstützen, die neben Fußball auch für weitere Sportarten Anlaufpunkt ist. Diese Zentrale sollte auf Basis des Projekts „Am Ball bleiben – Fußball gegen Rassismus und Diskriminierung“ aufgebaut und in die Strukturen der Deutschen Sportjugend integriert werden;
3. in Zusammenarbeit mit DFB und DFL (Deutsche Fußball Liga GmbH) ein Konzept zum Umgang mit Diskriminierung zu entwickeln und sich für regelmäßige Schulungen von Übungsleiterinnen/Übungsleitern, Schiedsrichterinnen/Schiedsrichtern, Ordnerinnen/Ordner, Fanbetreuerinnen/Fanbetreuern und Sicherheitsbeauftragten einzusetzen;
4. den DFB und die DFL bei der Durchführung jährlicher Fankongresse zu unterstützen, damit demokratische Partizipation und Transparenz im bundesdeutschen Fußball vertieft werden;
5. die kürzlich für rechtswidrig erklärte Datei „Gewalttäter Sport“ auf eine verfassungsmäßige Grundlage zu stellen. Die Einhaltung von Datenschutzstandards und die Informationspflicht an die Betroffenen müssen bei der Ausgestaltung der Datei gewährleistet sein. Bei den Regelungen zur Aufnahme von Personen in diese Datei muss das Gebot der Verhältnismäßigkeit beachtet werden;
6. Metastudien über die Entwicklung im Zuschauerinnen-/Zuschauerverhalten, die im Zweijahresrhythmus erstellt werden sollten, zu fördern. Der Fokus der Analyse sollte vom Profifußball auf den Amateur- und Jugendfußball erweitert werden;

7. die finanziellen Mittel für die Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS) zu erhöhen, damit zukünftig effektive Controlling- und Beratungsprogramme für die bestehenden Fanprojekte realisiert und neue nach dem Nationalen Konzept Sport und Sicherheit (NKSS) ausgerichtete Fanprojektvorhaben unterstützt werden können;
8. einen Fonds einzurichten, mit dem Projekte für Respekt und Toleranz, wie die European Gay & Lesbian Sport Federation oder F_in Netzwerk Frauen im Fußball sowie lokale Projekte wie die Leipziger Initiative „Bunte Kurve“, finanziell zu fördern, damit neben Rassismus auch andere Diskriminierungen im Fußball verstärkt behandelt werden;
9. den Aufbau von gewaltpräventiven, antidiskriminierenden und integrativen Initiativen auf Landesebene analog zum Programm „Interkulturelles Konfliktmanagement im Fußball“ der Sportjugend Hessen zu unterstützen;
10. eine dauerhafte Ombudsstelle einzurichten, die unbürokratisch zwischen Fans, Verbänden, Vereinen, Fanprojekten und Sicherheitsbehörden vermittelt. Empfehlungen dieser Instanz sollten von Polizei, Verbänden und Vereinen akzeptiert werden. Dadurch können bei Stadionverboten das Prinzip der Einzelfallgerechtigkeit und mehr Transparenz gewährleistet werden;
11. Maßnahmen für eine verbesserte, anlassunabhängige und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen der Bundespolizei und den Fanprojekten zu ergreifen, damit festgestellte Spannungen zwischen Sicherheitsbehörden und der zum größten Teil friedlichen Fanszene abgebaut werden;
12. sicherzustellen, dass finanzielle Mittel für eine präventive und pädagogische Fansozialarbeit nach den Vorgaben des NKSS bereitgestellt werden. Damit das Prinzip der Drittelfinanzierung (DFB, Länder, Kommunen) nicht unterlaufen wird, könnten von den betroffenen Projekten zusätzliche Finanzmittel des Bundes für Sonderprojekte gegen Diskriminierung und Gewalt beantragt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in seiner 98. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 100. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei

Stimmenthaltung der Fraktion Die LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner 91. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 88. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage in seiner 80. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 13. Mai 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Die antragstellende **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass Vorfälle von Diskriminierung und Gewalt vorwiegend im Umfeld von Fußballspielen in den vergangenen Jahren beunruhigend seien. Allerdings habe sich während einer Veranstaltungsreihe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im letzten Jahr gezeigt, dass Fanarbeit, die gegen diese Form der Gewalt tätig werde, absolut unterstützenswürdig sei. Demnach habe sich gelohnt, dass der Bund in den letzten Jahren über die Koordinationsstelle dafür Bundesmittel zur Verfügung gestellt habe. Aufgrund des deutlichen Anstieges solcher Projekte benötige die Koordinationsstelle jedoch mehr Mittel und Personal. Weiterhin sei eine Diskriminierungszentrale erforderlich, da sich diese Probleme nicht ausschließlich auf den Bereich des Fußballs beschränkten. Eine Unterstützung und Förderung durch den Bund bedeute allerdings nicht zwangsläufig die Kostenübernahme, sondern ziele auch auf eine politische Unterstützung ab.

Der Vertreter der **Fraktion der FDP** stimmte zu, dass ein Antrag gegen Diskriminierung und Rassismus im Sport prinzipiell in die richtige Richtung laufe. Entscheidend sei hierbei das Zusammenspiel von Prävention, Repression und

Integration. Für durchaus problematisch halte er, in welcher Weise Ordnungskräfte mit Fans umgehen. Daher sei es wichtig, dass es klare Regelungen für die Aufnahme in die „Datei Gewalttäter Sport“ gebe. Ziel müsse es sein, den Rechtsschutz von Personen in der Datei zu verbessern und die Datenspeicherung zeitlich zu begrenzen.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte ausdrücklich die erneute Thematisierung dieses Problems. Der Fußball und der Sport allgemein habe ein unglaubliches Potential in Bezug auf Integration und Prävention. Leider sei festzustellen, dass es viel zu viele Leute gebe, die den Fußball und Sport missbrauchen, beispielsweise um die Ideologie des Rechtsextremismus in die Stadien zu tragen und dort zu verbreiten oder die in die Stadien kommen, um dort Gewalt auszuüben. Dementsprechend trage die SPD-Fraktion grundsätzlich die Zielrichtung des Antrags mit, jedoch sind einzelne Forderungen letztlich nicht nachvollziehbar und teilweise überholt. So beispielsweise die Forderung der Mittelserhöhung für die Koordinierungsstelle in Frankfurt. Hier sei darauf hinzuweisen, dass bereits im Rahmen der Koalition die Mittel deutlich erhöht wurden. Auch die Forderung nach einer besseren Koordinierungsarbeit durch die Bundespolizei sei nicht treffend, da vielmehr die Landespolizei angesprochen werden müsse. Außerdem erkenne der Antrag die Autonomie des Sports.

Die **Fraktion der CDU/CSU** beantragte, die Sache abzuschließen und nicht als erneuten Tagesordnungspunkt in einer weiteren Sitzung zu besprechen. Der Antrag beinhalte eine Reihe von Selbstverständlichkeiten und Banalitäten, die bereits gemacht werden oder schon viele Jahre übliche Praxis seien.

Die **Fraktion DIE LINKE.** unterstützt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da er darauf abzielt, verschiedene Formen der Diskriminierung im Fußballsport zu thematisieren und diesen auch zu begegnen. Auch die Fraktion DIE LINKE. ist der Meinung, dass Diskriminierung nicht ausschließlich im Sport begegnet werden kann, und dass es hierfür eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes bedarf.

Stärker als im vorliegenden Antrag muss aber hervorgehoben werden, dass Gewalt und Diskriminierung im Fußball stets auch ein Spiegelbild unserer Gesellschaft sind. Die Fraktion DIE LINKE. ist der Meinung, dass die im Antrag ausgeführten Maßnahmen nicht ausreichend sind. Ein unmittelbarer Schritt wäre beispielsweise die Sicherung der Finanzierung von Fanprojekten – hier sind Bund, Länder und Kommunen aber auch die Vereine stärker in die Pflicht zu nehmen.

Außerdem muss der zum Teil problematische Umgang mit Fußballfans (massive Einschränkung des Grundrechts der Bewegungsfreiheit im Umfeld und während der Fußballspiele) aus bürgerrechtlicher Sicht viel stärker kritisch hinterfragt werden.

Berlin, den 13. Mai 2009

Klaus Riegert
Berichtersteller

Dagmar Freitag
Berichterstatte

Detlef Parr
Berichtersteller

Katrin Kunert
Berichterstatte

Winfried Hermann
Berichtersteller